

## **Ausschuss für Inneres und Sport**

(40. - öffentliche - Sitzung am 10. Januar 2019)

### **Beratungsthemen:**

1. **Ehrenamt stärken - Datenschutz-Grundverordnung für Vereine handhabbar machen!**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1536](#)

Der Ausschuss führte zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Landesbeauftragte für den Datenschutz
- Landessportbund Niedersachsen e. V.
- LAGFA Niedersachsen e. V.
- Niedersächsischer Chorverband e. V.
- TSV Neustadt am Rübenberge von 1862 e. V.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Veröffentlichung von Listen zu persönlichen Daten von u. a. Bundes-, Landes- und Europapolitikern**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung, die Unterrichtung fortzusetzen, sobald weitere Erkenntnisse vorliegen.

3. **Beschlussfassung über einen Antrag auf ergänzende Unterrichtung durch die Landesregierung zu Identitätsfeststellungen nach § 13 Abs. 1 Nds. SOG und Personenkontrollen und -durchsuchungen gemäß § 22 Nds. SOG**

Der Ausschuss folgte dem Antrag einstimmig.

4. **Linksextremismus als Gefahr für die Demokratie wahrnehmen und wirksam bekämpfen!**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1855](#)

(abgesetzt)

5. **Zulassung von Naloxon für den Polizeidienst**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/2340](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU, der Grünen und der FDP bei Enthaltung der Fraktion der AfD, die Landesregierung um eine Unterrichtung in schriftlicher Form zu dem Antrag zu bitten.

### **Außerhalb der Tagesordnung:**

#### **Entwurf eines Gesetzes zur Förderung und zum Schutz der digitalen Verwaltung in Niedersachsen und zur Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/1598](#)

Der Ausschuss hatte in seiner 30. Sitzung am 20. September 2018 beschlossen, eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. Er einigte sich nun darauf, die Anhörung für den 21. Februar 2019 vorzusehen.